

Kein Geldpreis, aber Anerkennung

RICKENBACH. Peter Briner aus Rickenbach hat für seine Idee, Stickstoff aus dem Abwasser zu gewinnen und der Landwirtschaft als Dünger zuzuführen, einen Anerkennungspreis gewonnen.

BRIGITTE HUNZIKER KEMPF

Stickstoff ist ein Grundbaustein der Natur. Er ist als Nährstoff für alle Lebewesen unentbehrlich und findet sich in Luft, Wasser und Boden. Eine Form des Stickstoffes befindet sich auch im Urin von Mensch und Tier. Der Stickstoffverbrauch ist in den letzten Jahrzehnten durch industrielle Prozesse und die Nachfrage an stickstoff-

haltigen Düngemitteln stark gestiegen. Das hat den Kreislauf aus dem Gleichgewicht gebracht. Der Rickenbacher Peter Briner kennt sich in dieser Thematik aus. Er beliefert mit seiner Firma in der ganzen Deutschschweiz Landwirte mit organischen Düngemitteln. Stickstoffdünger ist für eine leistungsfähige Landwirtschaft notwendig. Die Herstellung dieses Düngers ist aber energieintensiv und teuer. Bis anhin

mussten solche Düngemittel importiert werden. Briner fragte sich deshalb vor rund vier Jahren, ob es in der Schweiz nicht eine Möglichkeit gäbe, Strickstoff aus dem in Kläranlagen anfallenden Faulwasser zu gewinnen. Er gelangte mit seinem Anliegen an den in Seuzach wohnenden Betriebsleiter der Kläranlage Kloten/Opfikon, Christoph Liebi. «Ich stiess bei ihm auf offene Ohren», erinnert sich Briner.

Pilotanlage in Betrieb

In Kloten/Opfikon wurde schon bald nach dem ersten Gespräch der zwei Herren eine Pilotanlage im Areal der

Kläranlage geplant und aufgebaut. Auch das Wasserforschungsinstitut der ETH (Eawag) und das Amt für Abfall, Wasser, Energie und Luft (Awel) und das Ingenieurunternehmen Hunziker Betatech beteiligten sich daran. Seit 2010 löst diese erste Anlage in der Schweiz im sogenannten Luftstripping-Verfahren den Stickstoff aus dem Faulwasser heraus, welches beim Entwässern des Klärschlammes anfällt. Durch die Umwandlung in Ammoniumsulfat entsteht ein in der Landwirtschaft geschätzter Flüssigdünger. Dank dieses Recycling wird die Stickstoffmenge, welche in die Gewässer fliesst, redu-

ziert und der Stickstoffkreislauf nahezu geschlossen. So werden bisher pro Jahr 260 Tonnen Dünger gewonnen. Briner holt den Flüssigdünger alle zwei Wochen mit einem Tankwagen in Kloten ab und liefert ihn den Landwirten direkt auf die Felder. Die in der Kläranlage produzierte Menge reicht für etwa 250 Hektaren Landwirtschaftsland.

Kein Geld, aber Anerkennung

Peter Briner und Christoph Liebi haben diese Woche in Basel für ihr Projekt einen Anerkennungspreis der Stiftung «pro Aqua – pro Vita» erhalten (siehe Box). Darüber sind sie sehr stolz: «Den Preis haben wir zwar nicht gewonnen, aber wir fühlen uns durch die Nomination trotzdem sehr geehrt. Viele innovative Menschen stecken hinter diesem Erfolg und haben die Idee auf unkomplizierte Art und Weise in die Tat umgesetzt», erklärt Peter Briner.

Zurzeit sei das Stickstoffrecycling nicht kostendeckend, gibt der Fachmann Liebi zu: «Dies kann sich aber in Zukunft ändern.» Wird die Energie für die Herstellung von Düngemitteln teurer, wird das Recycling von bereits bestehenden Stoffen interessanter. Christoph Liebi vergleicht das Vorhaben mit der Solartechnik. Auch Peter Briner blickt gerne in die Zukunft: «Ich habe bereits von anderen Kläranlagen gehört, die Interesse haben, ein solches Verfahren einzubauen.»



Seit 2010 liefert die Anlage in Kloten Stickstoffdünger. Peter Briner (links) und Christoph Liebi sind stolz auf die Anerkennung, die sie für die Anlage erhalten haben. Bild: bhk

UMWELTPREIS DER SCHWEIZ

Der Umweltpreis der Schweiz ist mit 50000 Franken einer der höchst dotierten Umweltpreise in der Schweiz und wird von der Stiftung «pro Aqua – pro Vita» alle zwei Jahre im Rahmen der Swissbau vergeben. Drei Projekte wurden 2012 für den Preis nominiert. Den Preis erhalten hat die Firma Neurobat. Das nächste Mal wird der Umweltpreis der Schweiz im Januar 2014 vergeben. Interessierte können sich ab Juni 2013 bewerben. (red)

www.umweltpreis.ch

Mehr Wasser in die Rheinschleife

RHEINAU. Um die Bestimmungen des Gewässerschutzgesetzes zu erfüllen und die Restwassermenge in der Rheinschleife zu erhöhen, liegt ein neuer Vorschlag vor: Die beiden Eidgenössischen Kommissionen für Natur- und Heimatschutz einerseits und für Denkmalschutz andererseits haben ein Gutachten ausgearbeitet, das die Forderung nach vollständiger Erhaltung und grösstmöglicher Schonung der Landschaft, der Kulturgüter und der Tierwelt enthält. Das soll erreicht werden, indem mindestens 150 Kubikmeter pro Sekunde über das Hauptwehr des Kraftwerks in die Schleife gelangen. Heute sind es lediglich mindestens 5. Die bisher vom Bundesamt für Energie vorgelegten Sanierungsvarianten basierten auf 20 bis 60 Kubikmeter.

Das Ziel «Landschaftsschutz» deckt sich mit dem Anliegen der Gemeinde Rheinau: Der Rhein soll sich auch in der Schleife als stattliches Gewässer präsentieren. Während die Gemeinde den Ist-Zustand bewahren will (Stauung des kümmerlichen Restwassers durch die zwei Hilfswehre), wollen die beiden Kommissionen das Ziel durch einen markant erhöhten Wasserdurchfluss erreichen.

Die Stromproduktion im Kraftwerk Rheinau soll sichergestellt bleiben, indem – in Ergänzung zu der Turbine für das Wasser, das durch den Stollen abgeleitet wird – am Hauptwehr und allenfalls auch am oberen, in seiner Höhe zu reduzierenden Hilfswehr sogenannte Dotierturbinen angebracht würden. (ü)

Mit «Buebetrickli» gescheitert

TRUTTIKON. Sie freue sich immer über kreative Ideen, sagt Gemeindepräsidentin Jolanda Derrer. Die Idee aber, den Steuerzahlern einen Treuebonus auszuzahlen, ist dem Gemeinderat denn doch allzu kreativ.

Von «Buebetrickli» wird im Eishockey gesprochen, wenn ein Stürmer blitzschnell um das gegnerische Tor kurvt und den Goalie in der näheren Ecke erwischt. Als «Buebetrickli», und zwar «von ausserordentlich bauernschlauer Art», bezeichnete der Truttiker Gemeinderat an der Gemeindeversammlung vom Donnerstagabend auch den Antrag, den alt Gemeindepräsident Jörg Denzler und der Rechtsanwalt Martin Breitenstein vorbrachten:

■ Um den Übergangsausgleich von 207000 Franken, den der Kanton im Sinne einer Defizitgarantie der Gemeinde zugesichert hat, nicht streichen zu müssen, sollen die Stimmberechtigten zwar «in den sauren Apfel beißen» respektive «die Kröte schlucken» und mit den Budgets 2012 einer Anhebung des Steuerfusses um neun Prozentpunkte auf das kantonale Maximum von 122 zustimmen.

■ Zum Trost sollen sie aber aus der Gemeindekasse einen Treuebonus bekommen, sodass für alle Truttiker Steuerzahler die Steuerrechnung unter dem Strich nicht wesentlich höher als bisher ausfallen würde.

■ Um diesen Treuebonus finanzieren zu können, sei in das Budget ein neuer Posten «Rückerstattung für Standortförderung» im Betrag von 33000 Franken aufzunehmen. Um dabei das Total nicht zu verändern, seien andere Posten im gleichen Umfang zu kürzen oder ganz zu eliminieren.

■ Die 33000 Franken, die rückerstattet würden, entsprechen fünf Steuerprozenten. Die Steuerzahler hätten also effektiv nur eine Erhöhung von vier Prozentpunkten zu tragen.

«Damit nicht alle davonlaufen»

Für eine «Standortförderung» sprachen sich Denzler und Breitenstein deshalb aus, «damit uns wegen der hohen Steuerbelastung nicht alle Steuerzahler davonlaufen». Bei den Positionen, die sie aus dem Budget eliminiert haben wollten, handelte es sich vor allem um Unterhaltsarbeiten für die Liegenschaften – zum Beispiel der Ersatz der Linoleumböden in den Klassenzimmern des Schulhauses: «Das kann auch noch später gemacht werden.»

BUDGET 2012 IN KÜRZE

GEMEINDE TRUTTIKON	
Laufende Rechnung der Polit. Gemeinde	
Aufwand	2,494 Mio. Fr.
Ertrag	2,494 Mio. Fr.
Budgetiertes Ergebnis	20 Fr.
Gesamtsteuerfuss*	122 (+9)
<small>* inkl. Sek. Ossingen-Truttikon 51%</small>	
Bruttoinvestitionen	608000 Fr.

Nun, Gemeinderat und Schulpflege weigerten sich, den Antrag anzunehmen. Er sei rechtswidrig. Erstens würden so die Bestimmungen des Finanzausgleichsgesetzes umgangen, zweitens stehe der Antrag im Widerspruch zu den im Gemeindegesetz formulierten Zweckbestimmungen über die Steuern, und drittens müsste das geänderte Budget nochmals dem Kanton zur Prüfung vorgelegt werden – «und der würde für eine Gemeinde, die Finanzausgleich bezieht, einen solchen Treuebonus nie und nimmer akzeptieren», sagte Sergio Rami, der Finanzvorsteher der Politischen Gemeinde.

Denzler und Breitenstein kapitulierten. Letzterer plädierte aber für die Ablehnung der Budgets: «Auch wenn das konkret nichts nützt. Denn dann käme ja der Bezirksrat zum Zug, und der würde am Budget sicher nichts ändern. Aber mit einem Nein können wir ein Zeichen setzen, dass wir nicht bereit sind, die Folgen aus dem neuen Finanzausgleich zu akzeptieren.»

War Martin Breitenstein am 30. November 2011, als es erstmals um die Budgets 2012 ging, mit seinem Rückweisungsantrag noch erfolgreich (weshalb es nun zu einer zweiten Gemeindeversammlung kam), genehmigten diesmal die 70 erschienenen Stimmberechtigten die (unveränderten) Vorlagen – die der Primarschule mit 41 zu 26 Stimmen, jene der Politischen Gemeinde mit 44 zu 21. Dank der Zustimmung steht Truttikon nun nicht mehr – wie seit Anfang Jahr – unter Notrecht. (ü)

Gemeinderat prüft Fusionsvorschläge

Für die aktuelle Steuerfussmisere Truttikons ortet Finanzvorstand Sergio Rami den Grund klar bei der Sekundarschulgemeinde, die ihren Ansatz von 27 auf 51 Prozent erhöht hat. So kam denn an der Gemeindeversammlung der Vorschlag auf, sich von Ossingen zu lösen und sich der Schulgemeinde Stammatal anzuschliessen. Gemeindepräsidentin Jolanda Derrer dazu: «Wie andere Szenarien werden wir auch das prüfen.»

Angeregt wurde auch eine Fusion der Politischen Gemeinde: «Der Budgetprozess zeigte ja, dass uns alles vom Kanton diktiert wird. Ohne Gemeindeautonomie hat aber Truttikon keine Existenzberechtigung.» Den Reaktionen nach zu schliessen, ist die Begeisterung für eine Fusion – sei es mit Ossingen, sei es mit Trüllikon – allerdings nicht überbordend. Denn Primarschul- und Politische Gemeinde seien ja «kerngesund».

Im Übrigen hat Rami berechnet, dass der Steuerfuss Truttikons in absehbarer Zeit wieder sinken dürfte: 2016 auf 118 und 2017 auf 115 Prozent. Dies vor allem deshalb, weil die Sekundarschule schon bald ebenfalls Übergangsausgleich erhalten und durch die Revision des Vertrags mit der Thurgauer Gemeinde Neunforn zu mehr Geld kommen werde. (ü)